

Ergebnisse der Sechsten Deutschen Mundgesundheitsstudie (DMS • 6)

Berlin, 17. März 2025

Martin Hendges

Vorsitzender des Vorstandes der KZBV

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute sprechen wir über die Ergebnisse der Sechsten Deutschen Mundgesundheitsstudie (DMS • 6) und das in einer Phase, in der sich gerade eine neue Bundesregierung bildet, Positionen der möglichen Regierungsparteien ausgelotet werden und in diesem Zusammenhang auch die Zukunftsfestigkeit des deutschen Gesundheitswesens zu diskutieren sein wird.

Insofern hätte der Zeitpunkt der heutigen Pressekonferenz nicht besser sein können, denn die nunmehr sechste Auflage der DMS gibt einen breiten Überblick über die aktuelle Mundgesundheit und die zahnmedizinische Versorgungssituation in Deutschland.

Die Bedeutung dieser Großstudie für Patientinnen und Patienten, Versicherte sowie die Zahnärzteschaft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Auf Grundlage der Ergebnisse können wir Trends in der zahnmedizinischen Versorgung erkennen, bewerten und wichtige Weichen stellen, um die Versorgung für Millionen von Menschen zielgerichtet weiter zu verbessern.

Insbesondere vor dem Hintergrund einer immer stärker an Evidenz und Qualität ausgerichteten Zahnmedizin ist die DMS • 6 in den kommenden Jahren die Grundlage für uns als Berufsstand und Selbstverwaltung, um die Versorgung analysieren und ausbauen zu können.

Dabei geht es vor allem um Themen wie Karies und Parodontitis, aber auch z. B. um die Versorgung vulnerabler Patientengruppen.

Eine zentrale Feststellung lässt sich treffen, wenn man die Ergebnisse der DMS • 6 betrachtet:

Der von uns und der Vertragszahnärzteschaft in den Praxen konsequent vorangetriebene Paradigmenwechsel von einer hauptsächlich kurativen zu einer heute vor allem präventiv ausgerichteten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde ist ein sehr großer Erfolg.

Kein anderer Sektor in der Versorgung kann solche Erfolge in der Prävention vorweisen, wie wir – und das aus eigener Motivation des Berufsstandes heraus!

Wir, als Selbstverwaltung, haben die Versorgungskonzepte gemeinsam mit der Wissenschaft und fußend auf den Erfahrungen aus der täglichen Praxis entwickelt und in die Versorgung gebracht.

Allein am Beispiel der Studiendaten zur Karies sieht man, dass unsere Anstrengungen zu einer deutlich verbesserten Mundgesundheit in allen Altersgruppen führen.

Dieses erfreuliche Ergebnis ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass das Angebot frühzeitiger und umfangreicher Präventionsleistungen in Anspruch genommen wird. Hierzu zählen die Früherkennungsuntersuchungen für Kleinkinder, die Gruppen- und Individualprophylaxe sowie die regelmäßigen PZR- und Kontrolltermine.

Zugleich konnten wir ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Bedeutung der Mundgesundheit – und ihre hohe Relevanz für die Allgemeingesundheit – in der breiten Bevölkerung verankern.

Nicht zuletzt sorgen diese Erfolge dafür, dass die Krankenkassen und damit letzten Endes unser Gesundheitssystem durch unseren präventiven Ansatz

nachhaltig finanziell entlastet werden. So sanken die Krankheitskosten allein für Karieserkrankungen von etwa 7,5 Milliarden Euro im Jahr 2004 auf aktuell rund 5,9 Milliarden Euro.

Auch der Anteil an den Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für vertragszahnärztliche Leistungen ist – trotz stetiger Ausweitung des GKV-Leistungskatalogs – in den letzten Jahren um mehr 30 Prozent gesunken und liegt aktuell bei nur noch 5,8 Prozent. Dies zeigt deutlich: Prävention wirkt – auch finanziell!

Insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmend angespannten Finanzsituation wird also klar, dass vom zahnmedizinischen Versorgungsbereich kein Risiko für die Finanzen der GKV ausgeht. Im Gegenteil: Unser Versorgungsansatz spart dem solidarisch finanzierten GKV-System nachhaltig bares Geld, da kostenintensivere Behandlungen bereits vorab teilweise oder sogar ganz vermieden werden können.

Welche Folgen hingegen kurzfristige Kostendämpfungsmaßnahmen der letzten Legislaturperiode haben, lässt sich an der weiterhin erheblichen Krankheitslast bei Parodontalerkrankungen ablesen.

Laut Studie haben rund 14 Mio. Menschen in Deutschland eine schwere Parodontalerkrankung.

2021 haben wir mit der präventionsorientierten Parodontitisbehandlungsstrecke eine Therapie in die Versorgung gebracht, die auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert und von allen Seiten als Meilenstein begrüßt wurde.

Dieser Ansatz wurde durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz mit seiner strikten Budgetierung für die Jahre 2023 und 2024 schwer beschädigt. Dem Kampf gegen die Volkskrankheit Parodontitis wurde damit ein herber Rückschlag versetzt, der eine nachhaltige Behandlung nun deutlich erschwert.

Auf die unmittelbaren Folgen dieser Mittelkürzungen für die Versorgung haben wir mehrfach hingewiesen:

Im Jahr 2022 wurden pro Monat durchschnittlich etwa 120.000 Parodontitisbehandlungen neu begonnen. Dies war der hohen Krankheitslast in der Bevölkerung angemessen.

Ende 2024 lag diese Zahl mit lediglich etwa 73.000 Neubehandlungsfällen deutlich unter diesem Niveau.

Ein positiver Umkehrtrend ist derzeit nicht absehbar. Dies ist besonders dramatisch, da wir mit der präventionsorientierten Parodontistherapie ein wirksames Behandlungskonzept an der Hand haben. Dieses kann aber unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht angemessen wirken. Und der kostendämpfende Effekt, den die Politik erreichen wollte, verkehrt sich ins Gegenteil.

Die DMS • 6 belegt nämlich einmal mehr den eindeutigen Zusammenhang von Parodontitis und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Dies lässt zugleich die hohe Relevanz von Prävention und die einer engen Verzahnung von Zahn- und Allgemeinmedizin erkennen.

Zugleich sehen wir, wie sich Gesundheitsrisiken zulasten der Patientinnen und Patienten und damit letzten Endes auch zulasten der GKV-Finzen verschieben und vermehren.

Durch eine unbehandelte bzw. nicht frühzeitig behandelte Parodontitis entstehen nämlich hohe Folgekosten für das Gesundheitssystem, die allein im zahnärztlichen Bereich bei rund 200 Mio. Euro jährlich liegen.

Dazu kommen indirekte Krankheitskosten, die eine international vergleichende Studie für Deutschland mit rund 34,79 Mrd. Euro beziffert.

Wir fordern daher von der neuen Bundesregierung, die Leistungen für die präventionsorientierte Parodontitistherapie endlich als Früherkennungs- und Vorsorgeleistungen gesetzlich zu verankern und für die Versorgung die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die politischen Akteure sollten sich ihrer großen Verantwortung für die Gesundheitsversorgung der Patientinnen und Patienten bewusst sein:

Zahngesundheit braucht Politik mit Weitsicht. Denn aktuell – auch das belegen die Daten der DMS • 6 – ist die zahnärztliche Versorgungslage hierzulande gut: 95 Prozent aller Studienteilnehmenden gaben an, dass ihre Zahnarztpraxis wohnortnah sei und dass sie zeitnah einen Termin erhalten würden. Ebenso viele Menschen gaben an, eine feste Zahnärztin oder einen festen Zahnarzt zu haben.

Um aber diese von Patientinnen und Patienten gewohnte flächendeckende wohnortnahe Versorgung aufrechtzuerhalten, benötigt es stabile politische Rahmenbedingungen für die niedergelassenen Zahnärztinnen und Zahnärzte.

Dazu gehören eine auf das Nötigste reduzierte Bürokratie, eine praxistaugliche Digitalisierung und eine faire und verlässliche Finanzierung.

Die inhabergeführten Zahnarztpraxen benötigen unbedingt ihre Planungssicherheit zurück, die ihnen durch kurzfristige Entscheidungen in der vergangenen Legislaturperiode genommen wurde.

Kommt es hier in Zukunft nicht zu einer Kurskorrektur in der Gesundheitspolitik, kann das zum einen dazu führen, dass sich Praxisinhaberinnen und -inhaber entscheiden, früher aus der Versorgung auszuscheiden;

zum anderen werden dadurch negative Impulse in Richtung Niederlassungsbereitschaft junger Zahnärztinnen und Zahnärzte gesetzt.

Größere Versorgungsengpässe sind dann mittel- und langfristig nicht mehr auszuschließen.

Auch hier ist die kommende Bundesregierung in der Pflicht, endlich die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen, um die wohnortnahe und flächendeckende zahnärztliche Versorgung zukunftsfest zu machen.

Will man die großen Herausforderungen, vor denen wir auch im Gesundheitswesen ohne Zweifel stehen, wirklich meistern, muss die Investition in Prävention für alle Leistungsbereiche in den Vordergrund gerückt werden.

Gerne bieten wir der kommenden Bundesregierung hierfür unsere Expertise aus der Selbstverwaltung an.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Pressekontakt:

Vanessa Hönighaus, Telefon: 030 280179-27, E-Mail: presse@kzbv.de